

Pensionsschock: Müssen wir wirklich bis 67 arbeiten? Experten warnen!

Eine neue Studie des WIFO warnt vor steigenden Pensionskosten und plädiert für ein höheres Eintrittsalter in Österreich.

Österreich - Eine alarmierende Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) hat gezeigt, dass Österreich sich auf eine drastische Veränderung der Pensionslandschaft einstellen muss. Die Resultate dieser Untersuchung, die im Auftrag der „Aktion Generationengerechtigkeit“ erstellt wurde, rufen nach sofortigen Reformen im Pensionssystem. WIFO-Chef Gabriel Felbermayr hebt hervor, dass das reguläre Eintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden sollte, um den stetig steigenden Pensionskosten entgegenzuwirken. Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung sieht die WIFO-Analyse Handlungsbedarf, da bereits 2,5 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre benötigt werden, um die finanziellen Vorgaben einzuhalten. Diese Maßnahmen sind unverzichtbar, um das Budget nachhaltig zu sanieren, berichten verschiedene Quellen, darunter [heute.at](https://www.heute.at).

Dringend notwendige Reformen

Die Experten fordern, das Pensionsalter an die Lebenserwartung anzupassen. Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Verhältnis zu den Pensionisten: Während 1980 noch 4,5 Beschäftigte auf einen Pensionisten kamen, wird bis 2050 mit nur noch 1,7 gerechnet. Dies verdeutlicht die akuten Herausforderungen, vor denen das

Pensionssystem steht, wie auch ORF berichtete. Es wird erwartet, dass Staaten wie Dänemark ihre Antrittsalter bis 2070 auf bemerkenswerte 74 Jahre anheben. Der Economist hält es für notwendig, dass Österreich ähnliche Schritte in Betracht zieht, um eine Staatspleite wie in Griechenland zu verhindern, wo drastische Maßnahmen nötig wurden, um das Pensionssystem zu reformieren.

Felbermayr legt dar, dass eine Anpassung der Pensionen unter der Inflationsrate kurzfristig viel bewirken könnte. Bereits in den nächsten Jahren wird ein Anstieg der Bundeszuschüsse um 60 Prozent erwartet. Gleichzeitig wächst jedoch auch die Sorge, dass sich weitere Reformen in Zukunft aufgrund steigender Zinslast und schlechter Wirtschaftsausblicke als noch herausfordernder herausstellen könnten. Experten warnen, dass ohne sofortige Maßnahmen die finanzielle Stabilität des Pensionssystems in Gefahr ist, was durch das Mittelfristgutachten der Alterssicherungskommission untermauert wird. In den kommenden fünf Jahren müssen fast sieben Milliarden Euro mehr für Pensionen aufgewendet werden, berichtete das Sozialministerium.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at